

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der

Stadt Nastätten.



Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden Rhein- und Lahn-Anzeiger kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 2.50, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 7.50. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Abzügen finden im Rhein- und Lahn-Anzeiger weitest Verbreitung und werden die Gespaltene Nonpareilgröße oder deren Raum mit 80 Wfs., die Restamette mit Mk. 2.- berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Betreibung fällt jeglicher Rabatt fort.

Gründet 1878. Druck und Verlag: Müllersche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Gründet 1878.

Nr. 117 Nastätten, Dienstag, den 4. Oktober 1921 44. Jahrgang

Umschau.

Das Erscheinen des dritten Bandes von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen in deutscher Sprache stellt ein wirkliches Ereignis in einer Zeitperiode dar, die arm an großen Taten ist. Aus diesen Blättern klingt eine Sprache an unser Ohr, wie wir sie seit Jahren nicht mehr gehört haben. Nicht als ob der erste Reichskanzler stets in seiner Politik recht gehabt hätte, und als ob sie unverändert über seinen Tod hinaus hätte weitergeführt werden können, aber er wußte zu jeder Zeit, was er wollte, er hatte bestimmte Ziele und die Mittel, um sie zu verwirklichen. Und das Letztere ist, was heute fehlt, bei uns in Deutschland in dem Finanzlande und in der Zerplitterung der nationalen Kräfte, im Anlande in der Weltwirtschaftskrise. Und über allen Staaten lagert neben dem Mangel eines zielbewußten Willens die für die Aufbesserung erforderliche Einigkeit. So viele Staaten, so viele Interessen.

Der Deutsche Reichstag und die Preussische Landesversammlung haben nach fast dreimonatiger Pause ihre Arbeiten wieder aufgenommen, die schon in der allernächsten Zeit eine Erörterung der inneren Verhältnisse bringen wird, und die Besprechungen über die Neubildung der Ministerien im Reich und in Preußen dauern fort. Wenn wir aus der heutigen Lage, die tatsächlich nur ein Schwanken ist, herauskommen sollen, so müssen wir an das Wort des preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald von der „Politik der langen Sticht“ denken, das den Nagel auf den Kopf trifft. Es genügt nicht, das den neu zu bildenden Kabinetten Mitglieder von möglichst viel Parteien anzunehmen, sondern es muß ein Programm für die Zukunft, scharf umrissen, festgelegt werden, das den Bestand eines einzigen Ministeriums zu überdauern geeignet ist. Der unglückliche Tiefstand des Markturtes zwingt zur Entscheidung über die Frage, ob die Zahlung der Reparationen möglich ist oder nicht. Wir müssen das der Entente sagen, und können dies um so eher, als diese selbst erkennt, wie es die Haltung des englischen Ministers Churchill beweist, daß für sie große finanzielle Schwierigkeiten, die zu Gefahren werden können, drohen.

Wenn sich die kleineren Geister der Entente in allerlei Verdächtigungen und Schmähungen ergehen, so laugen diese Stillübungen an, nebenächlich zu werden. Es ist mühsam, wenn sich Pariser und Londoner Heißsporne über ein „geheimtes“ deutsches Geer, über den Bonkost von Waren ergehen. Was hier vorgebracht wird, ist Dumst, der die wichtigsten Tagesforderungen verschleiern soll. Deutschland hat ebenfalls Trümpfe in der Hand, denn es kann in der Ueberwindung der Geld- und Wirtschaftskrise nicht ausgeschaltet werden. Wir brauchen gar nicht bescheiden zu sein, in Paris dürfte man, wenn nicht alles täuscht, bald genug erkennen, was der Vertrag über die Lieferung von Schwereisen bedeutet.

Die Einigung zwischen der Reichsregierung und der neuen bayerischen Staatsleitung ist jetzt in München gebilligt worden. Ihr Inhalt, jedem deutschen Einzelhaat die für alle Fälle erforderlichen Machtbefugnisse zu geben, war selbstverständlich, weil sie durch die Natur der Dinge geboten war. Sie hätte schon mit dem früheren Ministerpräsidenten v. Kahr in München un schwer erzielt werden können, wenn die persönlichen Gegenstände zurückgestellt worden wären. Solche Zwischenfälle sind seit 1871 wiederholt vorgekommen, aber diplomatische Klugheit hat es früher verhindert, sie offenkundig werden zu lassen. Wenn zwei Staaten sich doch wieder vertragen müssen, so braucht es niemand bekannt zu werden, daß ihre Leiter sich einmal gezanft haben. Beide geben nach!

Die Vorbehalte, die der nordamerikanische Senat in Washington zum Friedensvertrage mit Deutschland gemacht hat, besonders der, daß amerikanische Forderungen aus den Reparationszahlungen gedeckt werden sollen, können in Paris kaum Beachtung erwecken, wo auf jede deutsche Mark achtet wird.

Wiederaufbau und Reparation.

Die Notwendigkeit internationaler wirtschaftlicher Verständigung. Auf der Münchener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie hielt der Reichsminister für Wiederaufbau, Dr. Rathenau, eine groß angelegte politische Rede über die Probleme des Wiederaufbaues.

Er betonte, daß unsere Leistungsfähigkeit eine gewisse Grenze habe, über die wir nicht hinausgehen können. Deswegen dürfen wir aber nicht schon jetzt immer wieder das „Nicht können“ so stark betonen oder darauf hin gar unsere Leistungen ganz einstellen, denn das würde uns von der anderen Seite als „Nicht wollen“ ausgelegt. Wir müssen den ersten Willen haben, zur Restauration und Restitution der Welt beizutragen.

Die restlose Erfüllung des Versailler Vertrages und des Londoner Ultimatum wird letzten Endes die Weltwirtschaft noch mehr schädigen als uns. Die Weltwirtschaft wird eines Tages von sich aus das: „Wir können nicht mehr!“ aussprechen, und diesen Moment werden wir erleben.

Schon hat England mehr als zwei Millionen Arbeitslose, Amerika gar 6 Millionen. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf jener Seite fast so groß, wie einst im Striege die Zahl ihrer Kämpfer war. Und wenn man unsere Lasten noch so hoch schrauben könnte, man würde damit nichts erreichen, als die Ernährung eines jeden fünften Arbeitslosen auf deutsche Kosten. An Stelle dieses verworrenen, ungerichten und unmöglichen Systems muß

eine internationale wirtschaftliche Verständigung

treten. So habe ich denn versucht, diesen Verhandlungsweg mit Frankreich zu beschreiben, und ich glaube, daß es nicht ganz vergebens gewesen ist.

Frankreich hat ebenso wie wir das größte Interesse an einer Verständigung des Wiederaufbaues. Wir leiden hierbei am schwersten an der Beschaffung der Zahlungsmittel. In wenigen Monaten hat die zu den ersten Zahlungen notwendige Beschaffung von Devisen eine Entwertung der Mark in für uns unerträglichem Umfange bewirkt.

Auf dem Wege der Devisenbeschaffung ist also das Problem nicht lösbar. Wir haben ein Interesse an Sachleistungen.

Der Vertrag mit Frankreich ist immerhin ein Anfang dazu. Der Gedanke ist, daß bei Spezialwaren im freien Handel ein Verkehr zwischen der deutschen und französischen Industrie stattfindet, so daß der Gegenwert auf Reparationskonto angerechnet wird. Es handelt sich dabei um Waren im Gesamtwerte von sieben Milliarden Goldmark, die innerhalb von 4 1/2 Jahren zu leisten sind. Die Frage der Finanzierung ist schwierig. Frankreich kann nicht die ganzen Leistungen bezahlen. Deshalb ist der an sich paradoxe Gedanke entstanden, daß wir Frankreich einen Kredit einräumen.

Schwierig ist ferner die Frage der Schaffung der Organisation. Das beste wäre, alles der freien Wirtschaft zu überlassen, dem stellen sich zu große Schwierigkeiten entgegen. So ist die Verordnung über die Leistungsverbände ergangen. Damit ist der Anfang einer Organisation gemacht.

Es folgten dann eine Anzahl Reserate über Deutschlands Beziehungen zur Weltwirtschaft, über die Stellung der Industrie zu den Leistungsverbänden, und über Wiederaufbau und Steuerpolitik. Den Höhepunkt der Vorträge bildeten die Ausführungen Dr. Jordans über

die Kredithilfeleistung der Industrie. Im Namen des Präsidiums und des Vorstandes des Reichsverbandes legte er hierzu folgende Erklärung vor:

„Die Industrie ist zu Verhandlungen darüber bereit, wie unter Ausnutzung des Kredites, welchen sie im Auslande genießt, der Reichsregierung Gold und Devisen zur Verfügung gestellt werden können. Die Voraussetzung dabei ist, daß die übrigen Kreise der Wirtschaft, Landwirtschaft, Handel und Banken und Bankiers in gleicher Weise sich betätigen und daß unverzüglich wirksame Maßnahmen durchgeführt werden, die die jetzige Finanzwirtschaft, die den Kredit des Reiches und der Privatwirtschaft untergräbt, beseitigen.“

Diese Erklärung wurde einstimmig gebilligt.

Preussische Kirchenversammlung.

— Berlin, 29. Sept. 1921. Nach mehreren geschäftsordnungsmäßigen Mitteilungen begründete Syn. D. Wolff den Antrag der Rheinischen und Westfälischen Provinzial-Synoden, ihre Provinzial-Kirchenordnung zu erneuern

und in der Kirchenverfassung zu veranlagigen.

Der Verfassungsentwurf Quistorp wird vom Antragsteller, der nur für sich spricht, begründet. Da von den anderen Entwürfen im voraus angenommen wurde, daß sie synodale und kollegiale Gesichtspunkte zu sehr bevorzugten würden, was sich als übertriebene Befürchtung herausgestellt hat, hat Redner die episcopale Seite stärker herausgearbeitet. § 2 seines Entwurfes betont Erhaltung des luth. und reformierten Bekenntnisses und der Konfessions-Gemeinden und das Recht der Gemeinden auf Geistliche ihres Bekenntnisses gemäß dem föderativen Charakter der Union, wogegen gelegentlich verstoßen worden sei, sowie die Eigenschaft der Kirche als Bekenntniskirche. Redner will die Bischöfe zu Seelsorgern und Beratern der Geistlichen machen; durch den Mangel einer solchen Einrichtung erwächst der Kirche eine große Schuld gegenüber jungen Geistlichen.

Die Verfassungsgebende Preussische Kirchenversammlung hat sich am Freitag auf unbestimmte Zeit vertagt, um dem Verfassungsausschuß Zeit zu ruhiger Arbeit zu lassen. Am Donnerstag und Freitag haben in langer Debatte die Führer der verschiedenen Richtungen ihre Stellung zu den Verfassungsentwürfen geäußert. Prof. D. Reine-Halle sprach über die Bekenntnisformel, Prof. D. Dr. Kahl beleuchtete die Kirchenfrage vom verfassungsrechtlichen und geschichtlichen, Obergerichtspräsident D. Berner vom juristischen Standpunkt aus. Prof. D. von Soden als Vertreter der Linken wandte sich ein Dogma. D. Wolff betonte die Wichtigkeit des synodalen Elementes in der Kirchenverfassung und trat für einen organischen Aufbau der Synoden und weitgehender Selbstverwaltung der Kirchenprovinzen ein. Syn. D. Schmitz betonte die Notwendigkeit der Bekenntnisses als Voraussetzung der Kirchenverfassung. Als erster Sozialdemokrat in der Kirchenversammlung sprach Syn. D. Henneberg. Er sprach darüber, daß das Verhältnis der Kirche zur Arbeiterschaft, ja überhaupt zu einem großen Teile des Volkes ganz erfallt sei. Er fordert eine freie Volkskirche auf demokratischer Grundlage. Den Standpunkt der Bekenntnistreue vertrat noch einmal D. Jöckner; dann wählte man einen 24gliedrigen Verfassungsausschuß, dem man die Verfassungsentwürfe übergab, und vertagte sich dann.

Republik West-Ungarn.

Das neueste Staatsgebiet. Stefan Friedrich, der frühere ungarische Ministerpräsident und jetzige Führer des sogenannten Landesverteidigungsrates von Westungarn, hat eine Proklamation erlassen, in der es heißt:

„Infolge des von der Entente und aufgezungenen Friedens war die ungarische Regierung gezwungen, auf die Ausübung ihrer Hoheitsrechte über Westungarn zu verzichten. Somit hat der Landesverteidigungsrat die Herrschaft über Westungarn übernommen und wird das Land als selbständige Regierung verwalten. Die alten Beamten bleiben auf ihren Posten und werden ihre Arbeit fortsetzen für Gott, König und Vaterland! Tue jeder seine Pflicht!“

Stefan Friedrich machte bereits am Donnerstag in einer Rede in Budapest von dieser Tat Mitteilung. Er nannte sie eine fähne Tat, die jedes weitere Feilschen unmöglich mache. „Wer es wagt“, fuhr er fort, Westungarn zu betreten, wird einfach erschossen. Ich meine übrigens, daß höchstens die Kaiserin-Mutter von China Truppen nach Westungarn schicken wird. Möge aber kommen, wer da wolle. Möge man feilschen und verhandeln. Wir machen die Augen zu, stehen und schrecken darauf los, und jeder möge sich hüten, in unsern Bereich zu kommen.“

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 30. Sept. 1921. Ratifikation des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages. Eingeleitet wird die heutige Sitzung, die eine große politische Debatte bringen soll, durch das übliche langwierige Frage- und Antwortspiel, „kleine Anfragen“ genannt. So wird das Gesetz über die Verpflichtung zur Auskunft über militärisch-finanzielle Gelder und zu deren Herausgabe in

dritter Lesung angenommen, ebenso das Gesetz zur Verlängerung der Vorlage über die Abweichungen von dem Biersteuergesetz.

In allen drei Lesungen wird der Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika angenommen, nachdem die Kommunisten eine ablehnende Erklärung abgegeben hatten.

Präsident Ebert stellt fest, daß nunmehr die normalen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika wieder hergestellt sind; er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das freundschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Völkern nicht mehr getrübt werden möge.

Die große politische Aussprache, die nun folgt, hat als Gegenstand einen deutschnationalen Antrag gegen die Verordnung des Reichspräsidenten, einen unabhängigen und einen sozialdemokratischen Antrag auf ein Gesetz zum Schutze der Republik und kommunistische Anträge gegen den Ausnahmezustand in Bayern.

Zunächst begründet Abg. Herget (Dnt.) in einer längeren Rede den Antrag seiner Fraktion. Er zieht scharf gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zu Felde, die ein Ausnahmegesetz sei, das der Willkür Tür und Tor öffnen und ein Zwangsmittel gegen die Rechte sein soll. Er wehrt sich dagegen, daß man die Erzbergermörder an die Hochsäge seiner Partei hängt. Keiner der Verhafteten gehöre zur deutschnationalen Partei, diese sei nicht verantwortlich für die Taten der Ultrarechtsradikalen. Sie stehe auf verfassungsmäßigem Boden.

Zum Schluß wehrt sich der Redner mit großer Schärfe gegen den Reichskanzler; er, für den der Erzbergermord nur eine willkommene Gelegenheit gewesen sei, seine Stellung zu befestigen. Anstatt über den Parteien zu stehen, betätige er sich als Parteikämpfer. Mit Rücksicht auf Oberschlesien, die Ostmark und die außenpolitischen Fragen sollte er eine Politik der Sammlung treiben. Er hätte nach dem Tode Erzbergers mit allen Parteien einen gemeinsamen Aufruf an das Volk richten müssen. Dann wäre er ein Kanzler von Deutschland geworden, während er jetzt nur Vob vom Ausland bekomme.

In heftigem Tone tritt dem deutschnationalen Redner der Unabhängige Dittmann entgegen, der Hergets Vorklammersicherungen nicht ernst nimmt. Er spricht von deutschnationaler Maulwurfsarbeit gegen die Republik und von reaktionären Verschwörern, deren Zentrum Bayern sei.

Der Abgeordnete Dittmann spricht weiter von deutschnationaler Fresshege und demagogischer Agitation und bezieht die Deutschnationalen der intellektuellen Urheberhaft am Erzbergermord. Die Justiz sei eine feile Dirne der Reaktion, die sich auch der Reichswehr, der Schutzpolizei und der Verwaltung bemächtigt habe.

Reichskanzler Dr. Wirth

ergreift dann das Wort und stellt mit Befriedigung die Beilegung des bayerischen Konfliktes fest. Deswegen seien Worte des Friedens und der Versöhnung am Platze. Der Kanzler begründet dann, weswegen er das Kompromiß mit Bayern abgeschlossen habe. Ein kluger Rücksicht ist besser als eine verlorene Schlacht, die alles vernichtet — und legt seinen Inhalt auseinander.

Der Reichskanzler wendet sich in seiner Rede mit Schärfe gegen die Deutschnationalen, deren Verhalten von Zusammenstößen in der Not des Volkes und Vaterlandes sehr weit entfernt sei. Ganz besonders scharf wendet er sich gegen den Abg. Herget, der seine Rede auf vertraulichen Angaben aufgebaut habe.

Der Kanzler findet scharfe Worte gegen die Hege der Reichspressen, die sich gegen die Führer, die das Ultimatum angenommen haben, gerichtet habe. Er hofft, daß alle, die guten Willens sind, eine Klusi im deutschen Volke zu vermeiden, sich gegen rechts wenden. Die Bejorranisse, die man hegte, seien noch übertroffen worden.

Der Kanzler begründet dies mit dem Material, das im badischen Landtag mitgeteilt wurde. Die Fäden dieser aufgedeckten Geheimorganisationen hätten bis nach Oberschlesien gereicht. Diese Organisationen seien gelähmt. Das weitere sei Aufgabe der Justiz. Der Reichsjustizminister arbeite daran, den gesetzlichen Schutz für die Republik weiter auszubauen.

Zum Schluß kommt der Kanzler auf die Not der Beamtenhaft und des Mittelstandes zu sprechen, der abgeholfen werden müsse, wenn es auch Milliarden koste, damit

diese die kommende Not und Forderung über-
stehen können. Unsere Politik sei getragen
von der Sorge, ob wir den Winter über-
stehen werden. Der Kanzler appelliert an
alle Kräfte unseres Volkes, die deutsche
Republik vor der Gewalt und dem Unter-
gang zu schützen.

Nachdem Abg. Scheidemann (Soz.)
in einer längeren die Rechte scharf angrei-
fenden Rede der Regierung Wirth das Ver-
trauen ausgesprochen und im Namen seiner
Partei erklärt hat, daß sie die Republik mit
allen Mitteln schützen werde, wird die Wei-
terberatung auf Sonnabend vertagt.

Die große politische Aussprache.

— Berlin, 1. Oktober 1921.

Die gestern begonnene große Debatte
über die innere Politik des Reichstanzlers
wird heute fortgesetzt.

Als erster Redner spricht der neue-
wählte Vorsitzende der Zentrumskraktion,
Abg. Marx. Er mahnt zur Einigkeit. Frey,
wo unser Volk um seine Existenz kämpft,
dürfen wir uns nicht die Köpfe heiß ma-
chen durch gegenseitige Beschuldigungen und
Verdächtigungen. Der Redner tritt für un-
bedingtes Festhalten an der Verfassung ein.
Wir brauchen Ruhe und Ordnung im In-
nern. Jeder Versuch ihrer gewaltsamen
Aenderung ist verderblich und muß aufs
schärfste bekämpft werden, von welcher
Seite er auch kommen mag. Die Zentrum-
partei siehe geschlossen hinter ihrem Kan-
zler Wirth. Die Verordnung des Reichsprä-
sidenten findet die Zustimmung des Red-
ners, sie sei kein Ausnahmegesetz, sondern
richte sich gegen alle die Verbrennen be-
gehen. Marx findet Worte des Tadels gegen
die monatelange Hebe, die sich gegen die
Führer der Republik richtet, und mahnt
zum Schluß noch einmal, sich angesichts des
Grimms unserer äußeren Feinde die Hände
zu reichen.

Abg. Thiel (D. Vp.) hat gegen die
Verordnung vom 20. August grundsätzlich
nichts einzuwenden, wohl aber gegen die
Art, in der sie angewendet wurde, da man
sie einseitig gegen rechts gebrauchte. Er
führt zahlreiche Beispiele dafür an, wie man
die schlimmste kommunistische Hebe gewäh-
ren ließ, dagegen Blätter und Versamm-
lungen der Rechten bei den geringsten Ent-
gleisungen verbot. Besonders angelegentlich
beschäftigt er sich mit den vielen Versamm-
lungsstörungen und Terrorakten gegen An-
gehörige der Rechten und fordert, daß
für den Schutz der verfassungsmäßigen
Presse- und Vereinsfreiheit gesorgt werde.
Er wendet sich gegen den Kanzler, der nicht
Staatsmann, sondern Parteimann sei. Maß-
nahmen zum Schutze gegen die Hebe gegen
den Nichtstand müßten getroffen werden,
Bereinschaffung und Ersparnisse müßten an-
gestrebt, die Beamten- usw. Gehälter recht-
zeitig befriedigend geregelt werden. Schließ-
lich wendet er sich gegen Schwarz-weiß-rot.
Diese Farben könnten uns nicht aus dem
Herzen gerissen werden.

Reichsminister des Innern Dr. Gra-
bauer verteidigt seine Art der Anwen-
dung der Verordnung. Sie sei durch die
Tat von Griesbach veranlaßt und richte sich
gegen alle Elemente, die den Frieden stö-
ren. Er habe sie gegen alle Seiten ange-
wandt und auch zahlreiche kommunistische
Blätter verboten müssen. Er habe sich be-
müht, sie möglichst gerecht zu handhaben.
Sie habe Erfolg gehabt, denn es sei eine
Entspannung der Lage eingetreten.

Der thüringische Staatsminister v.
Brandenstein verteidigt das Verbot
der deutschlandischen Handlungsgehilfen-
Tagung in Weimar.

Für die Demokraten spricht der frühere
Reichsminister des Innern Dr. Koch. Auch
er mahnt angesichts der außenpolitischen
Gefahren eindringlich zur Besonnenheit
und Verständigung. Unser Volk dürfe nicht
in zwei Lager getrennt werden. Die Poli-
tik der Mitte, der Verständigung, sei allein
imstande, dem Volke zu helfen. Die Ver-
ordnung des Reichspräsidenten sei zwar für
den Augenblick geboten gewesen, dürfe aber
nicht auf die Dauer bestehen.

Mit lebhaftem „Hört! hört!“ wird die
Mittelung Kochs aufgenommen, daß er als
dermaliger zuständiger Minister nichts von
einem Auftrag der Reichsregierung an den
Staatskommissar Weismann wisse. Der
Redner fordert, daß alle Verwaltungsbeamten
für die Republik arbeiten müßten und
nicht gegen sie, und erklärt dann nochmals
die Notwendigkeit einer Einigung der
Mitte.

Der Abg. Beyerle (Bayr. Vp.) be-
grüßt die Einigung mit Bayern. Er ver-
teidigt Herrn v. Raab gegen die sozialisti-
schen Angriffe und begründet die Haltung
der Regierung Raab. Er betont, daß es seiner
Partei auf positive Pflege des Reichs-
gedankens ankomme. Man sollte sich mehr
in die Gefühle der Bayern hineinbeugen,
dann werde auch mehr Wärme in die Be-
ziehungen zwischen Bayern und dem Reich
kommen.

Ziel Heiterkeit erregte die Kommunisin
Zetlin-Bundel als sie in ihrer Rede auf
einen Zwischenruf ausruft: Ich bin lieber
des Teufels Großmutter, als deutschnatio-
nal. Im übrigen unterscheidet sich ihre
Rede, in der sie warm für Max Höllens
Freilassung eintritt, von den übrigen kom-
munistischen Brandreden nur durch die ge-
mäßigte Tonart, was man auch von Dr.
Levi sagen kann, der jetzt „wilder Kommu-
nist“ ist, obwohl er gerade wegen zu gro-
ßer „Rahmheit“ aus der B. R. P. D. hinaus-
geworfen wurde.

Der braunschweigische Minister Der-
ter verteidigt die Maßnahmen seiner Re-
gierung, besonders die Entlassung von 54
Polizeibeamten, die dem „Stahlhelm“ ange-
hörten.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.) hält die
Angriffe seiner Parteigenossen gegen die

Rechte aufrecht und erhebt weitere Anschul-
digungen gegen die Deutschnationalen.

Mit Schärfe tritt ihm Abg. Graf
Westarp (Dnt.) entgegen, der sich weiter
gegen den Reichstanzler wendet, dessen Ma-
terial gegen die Deutschnationalen sich als
nicht stichhaltig herausgestellt habe. Er ver-
mehrt eine Ehrenklärung des Kanzlers,
auf die seine Partei mit Recht Anspruch er-
hebe. Die Behauptungen von der Schuld
der Deutschnationalen an dem Erzberner-
mord seien nicht als wider besseres Wissen
angewandtes Materialmaterial.

Sämtliche Anträge werden schließlich
dem Rechtsausschuß überwiesen.

Nachdem noch eine zweite Note für die
Opfer von Oppau in Höhe von zehn Millio-
nen Mark die Genehmigung des Hauses er-
halten hat, vertagte man sich auf unbesti-
mmte Zeit. Der Präsident wird er-
mächtigt, den Zeitpunkt der Wiedereinberu-
fung nach dem Stande der Beratung der
Stenervorlagen — jedoch spätestens 3. No-
vember — nach eigenem Ermessen festzu-
setzen.

Preußischer Landtag.

— Berlin, 30. Sept. 1921.

Nach Erledigung einer Anzahl kleiner
Anfragen wird zunächst die Debatte über
die Milchversorgung fortgesetzt, in der die
Abg. Peters-Hochdorn (Soz.), Müller
(Komm.) und Jürgensen (U. S.) heftige
Angriffe gegen die „Agrarier“ richten.
Der Demofrat Westermann tritt ihnen
kurz entgegen.

Ein Regierungsvertreter erklärt hier-
auf, die Reichsregierung erwägt zurzeit
Maßnahmen zur Steigerung der Milchpro-
duktion. Zu diesem Zweck sollen auch Reichs-
mittel zur Verfügung gestellt werden. Durch
die Verordnung vom 30. April 1921 ist be-
reits den Kommunalverbänden das Recht
gegeben worden, entsprechende Maßnahmen
zur Sicherung der Milchversorgung zu treffen.
Seider ist ein starker Rückgang in der
Milchproduktion eingetreten. Die Herstel-
lung von Schlagfahne ist durch die Verord-
nung vom April dieses Jahres grundsätz-
lich verboten worden. Die Reichsregierung
erwägt zurzeit den Erlaß eines Verbots für
die Herstellung künstlicher Schlagfahne.

Nach weiterer Debatte wird der sozial-
demokratische Antrag dem Hauptausschuß
überwiesen.

Man bespricht dann einen sozialdemo-
kratischen Antrag über die von der Verfas-
sung vorgeordnete Ablösung der Staats-
leistungen für die Religionsgesellschaften,
den Abg. König (Soz.) begründet. Abg.
Dr. Kriege (D. Vp.) befürwortet einen
Zusatzantrag, wonach die Lebensnotwendig-
keiten und Bedeutung der Kirchen bei der
Ablösung berücksichtigt werden müßte. Auf
den gleichen Standpunkt steht der Zen-
trumredner Wildermann, während
der Deutschnationale G. Koch-Deynhäusen
den sozialdemokratischen Antrag ablehnen,
Abg. Kleinspelmann (U. S.) ihn uneinge-
schränkt annehmen will.

— Berlin, 1. Oktober 1921.

Die Aussprache über den sozialdemo-
kratischen Antrag über die Ablösung der
Staatsleistungen an die Religionsgesell-
schaften wird fortgesetzt. Nach zustimmenden
Aeusserungen der Abg. Gottschall
(Dem.) und Dr. Brecht (Wirtsch. Vgg.)
wird der Antrag in der von der Deutschen
Volkspartei beantragten Fassung, daß bei
der Ablösung der Staatsleistungen die Le-
bensnotwendigkeiten und die Bedeutung
der Religionsgemeinschaften für die Volks-
gemeinschaft voll berücksichtigt werden, mit
den Stimmen sämtlicher bürgerlichen Par-
teien angenommen.

Abg. Hermann-Friedersdorf (Dnt.)
begründet dann eine große Anfrage über
die Arbeitsüberhäufung der Lehrer an ein-
klassigen Schulen und ihre mangelhafte Be-
soldung. Nachdem ein Regierungsvertreter
erklärt hat, daß man in Zukunft auch auf
die Lehrerschaft das neue Beamtenbesol-
dungsgezetz werde anzuwenden haben, ver-
tagt man die Besprechung.

Nächste Sitzung Montag.

Deutsches Reich.

Tagung des Reichsstädtebundes. In
Dresden trat der Reichsstädtebund, die Ver-
einigung der mittleren und kleinen Städte
Deutschlands, zu seiner diesjährigen Ta-
gung zusammen. Am 1. Tage sprach der Ge-
schäftsführer des Bundes, Dr. Sackel-
Berlin, über die Not der mittleren und klei-
nen Städte und über deren Ueberwindung.
Er forderte vor allem das gemeindliche Zu-
schlagsrecht zur Reichseinkommen-
steuer, ferner die Erhöhung der Umsatz-
steuer, Beteiligung der Gemeinden an der
Reichserbschaftsteuer, Erhöhung der ge-
meindlichen Verpflichtungsabgaben auf
Bier, Abbau der Erwerbslosenfürsorge
und ihren Ersatz durch Erwerbslosenversiche-
rung usw. Dann sprachen die Bürgermeister
Bräuer, Werdau und Stoll, Bauenburg a. d.
Elbe, über die Erfüllung der kulturellen
und sozialen Aufgaben der mittleren und
kleineren Städte. Es schloß sich daran eine
längere Aussprache.

Die Feuerungszuschläge für die
Reichsbeamten. Nach dem vom Reichstag
unmehr genehmigten Nachtragshaushalt
beträgt mit Wirkung vom 1. August 1921
der Feuerungszuschlag vom Grundgehalt
und zum Ortszuschlag für die planmäßigen
Reichsbeamten: in der Ortsklasse A 93 Pro-
zent, Ortsklasse B 91 Prozent, Ortsklasse C
89 Prozent, Ortsklasse D 87 Prozent, Orts-
klasse E 85 Prozent. Vom gleichen Zeitpunkt
ab erhalten zu ihrem bisherigen Dienst-
einkommen nebst Feuerungszuschlag die männ-
lichen und weiblichen außerplanmäßigen

Reichsbeamten einen Feuerungszuschlag.
Der Feuerungszuschlag zu den Anderaus-
schlägen beträgt in der Ortsklasse A 200 Pro-
zent, in den Ortsklassen B und C 175 Pro-
zent und in den Ortsklassen D und E 150
Prozent.

Eine deutsche Oberschlesien-Note. Der
deutsche Generalkonsul in Gens hat dem Ge-
neralsekretariat des Völkerbundes die Ab-
schrift einer Note übergeben, die die deutsche
Regierung auch den alliierten Regierun-
gen zugehen lassen wird. Die Note enthält
verschiedene Denkschriften der wirtschaftli-
chen Verbände, Handelskammern, Geistlich-
keit und der deutschen Gewerkschaft in Ober-
schlesien. Diese Verbände, erklärt die Note,
haben die deutsche Regierung gebeten, ihre
Denkschriften den alliierten Regierungen
zu übermitteln.

Der Reichsrat stimmte einer Verord-
nung über die Neueinrichtung der Duit-
tungsarten für die Hinterbliebenen- und
Invalidenversicherung zu. Zu der Foller-
höhung für Kasse, Tee, Kakao usw. steht
das grundsätzliche Einverständnis des
Reichsrats fest.

Das Agreement der holländischen Re-
gierung für die Ernennung des Herrn. v.
Pucius zum deutschen Gesandten im Haag
ist in Berlin eingetroffen.

Der bayerische Gesandte v. Preger
übergab dem Reichstanzler Dr. Wirth das
amtliche Schreiben der bayerischen Regie-
rung, in dem von dem Reichsrat des bayeri-
schen Verfassungsausschusses sowie des baye-
rischen Gesamtministeriums Mitteilung ge-
macht wird.

Amtlich wird mitgeteilt, daß die preu-
ßische Regierung nicht in der Lage ist, anzu-
ordnen, daß den Beamten und Lehrern ein
Vorschuss in ungefährer Höhe der nachzu-
zahlenden Beträge sofort gewährt wird.

Die Berliner Bezirksorganisation der
Sozialdemokraten lehnte mit Zweidrittel-
mehrheit ein Zusammengehen mit der Deut-
schen Volkspartei scharf ab und sprach sich
mit Dreifünftelmehrheit gegen die Görtzler
Beschlüsse aus.

Auf Veranlassung des Staatskom-
missars für die öffentliche Ordnung ist vom
Regierungspräsidenten das rechtsradikale
„Staßfurter Tageblatt“ verboten worden.

Der in München tagende Deutsche In-
dustrie- und Handelsstag wurde am Don-
nerstag nach einem Referat von D. Funder-
Hagen über den Aufbau der industriellen
Unternehmungen geschlossen.

Infolge der Aufhebung der Rhein-
zolllinie wird auch das Ein- und Ausfuhr-
amt in Ems aufgelöst. Sämtlichen Ange-
stellten ist am 30. September gekündigt wor-
den.

Vertreter des Arbeitgeberverbandes
sowie der Gewerkschaften aus dem Saarge-
biet sind nach Gens abgereist, um dem Völ-
kerbunde die wirtschaftliche Notlage des
Saargebiets darzulegen.

Ausland.

Rußland.
Russische Mobilisation. Die schwe-
dische Blätter melden, werden jetzt in Sow-
jetrußland alle früheren Offiziere und Un-
teroffiziere bis zum 55. Lebensjahre mobi-
lisiert. Die Konzentration der russischen
Truppen an der Grenze Estlands
banert an. Von Petersburg sind verschie-
dene Divisionen zur rumänischen
Grenze geschickt worden, und am 20. Sep-
tember sind drei Divisionen in der Richtung
auf Odessa abgefahren. Die Sowjetregie-
rung scheint zu befürchten, daß die Entente
eine Offensive der Randstaaten gegen Sow-
jetrußland unterstützen würde.

England.
Lloyd Georges Einladung an de Ba-
lera. In der Antwort Lloyd Georges an de
Balera heißt es: Die ganze Welt hat un-
seren Vorschlag als den richtigen angenom-
men. Um zur Verwirklichung unserer
Wünsche zu kommen, ist nur der Weg einer
Konferenz möglich, und wir schlagen daher
vor, diese Konferenz am 11. Oktober in Lon-
don abzuhalten. Wir werden Ihre Ge-
sandten dann empfangen als Vorkühler
des Volkes, das sie vertreten, und mit ihnen
die Art und Weise besprechen, in der Ir-
land in der Gemeinschaft der Völker das
Bekanntnis zum britischen
Reiche mit seinen nationalen Wünschen
in Einklang bringen kann.

Japan.
Japans Abrüstung. Im Laufe die-
ses Jahres werden in Japan noch 17 Kriegs-
schiffe in Dienst gestellt. Darunter der
Ueber-Dreadnought „Mutun“, ferner werden
ein kleiner Kreuzer, zwei Torpedoboote,
zwei Hilfschiffe und der 40000 Tonnen
große Dreadnought „Kaga“ zu Wasser ge-
lassen.

Der Vertreter der Sowjetregierung,
Kraffin, ist wieder in London eingetroffen.

Der italienische Botschafter Graf Bo-
nin-Longare brückte Briand das Bedauern
seiner Regierung über die Zwischenfälle von
Benedig aus und teilte mit, daß die italie-
nische Regierung bereits Maßnahmen ge-
troffen habe, um die schuldigen Beamten zu
bestrafen.

Der Völkerbundrat hat deutsche und
polnische Sachverständige der obereschlesischen
Industrie nach Gens beschieden. Nach eng-
lischen Angaben soll der Bericht der Sach-
verständigen des Völkerbundrats in vier-
zehn Tagen erstattet werden.

Ministerpräsident Briand wird die
Reise nach Amerika am 29. Oktober antre-
ten. Die Rückreise erfolgt am 28. Novem-
ber.

Schweden und Norwegen haben den
Freistaat Estland als Jure anerkannt.
„Vant Morningspost“ ist die Mitteil-
berzahl der kommunistischen Partei in
Ausland nach der amtlichen Statistik bei
Zwangsregierung von 600.000 im Mai 1921
auf 200.000 zurückgegangen.

Die griechische Regierung demontiert
alle Nachrichten aus Lemniskischer Duelle
bezüglich eines heftigen Kampfes bei Eski-
Schehir, einer griechischen Niederlage und
der Einnahme der Stadt durch die Türken.
Die Türken berichten dagegen von neuen
Erfolgen.

Das Ministerium für Indien erklärt
ein großer Feldzug werde wahrscheinlich
nötig sein, um den Aufstand der Moplahs
niederzuwerfen. Die Aufständischen führen
einen Guerillakrieg. Ihre Zahl nimmt

Heimatliches.

Nastätten, 3. Oktober 1921.

Für die Opfer von Oppau gingen folgende
weitere Spenden ein: David Seibel 25 M., Dr.
Bernhardt 10 M., Christian Fischer 10 M., Un-
genannt 50 M., Schäfer in D. 5 M., Ungenannt
10 M., A. B. und J. B. in H. 10 M., Josef
Kraß 5 M., zusammen 125 M. Mit dem Ueber-
trag von 643 M. zusammen 768 M. Weitere
Spenden erbitten wir entweder direkt an unsere
Geschäftsstelle oder auf unser Postkonto
22854 Frankfurt a. M.

Israelitische Feiertage. Unsere Mitbürger
mosaischen Glaubens feiern heute Montag den
3. Oktober Neujahrstfest und am 12. Oktober
Versöhnungstfest.

Fortbildung. Um den Unterricht für die
weibliche Jugend der Landbevölkerung weiter
auszubauen, sollen vom kommenden Winterhalbjahr
ab an den landwirtschaftlichen Schulen in
Nastätten, Nassau, Idstein, Limburg Parallel-
klassen für Mädchen als ständige Schuleinrichtung
geschaffen werden; es dürfte zu wünschen sein,
daß der neuen Anregung allseitiges Interesse
entgegengebracht wird. Zur näheren Information
verweisen wir auf den Aufruf der Landwirtschafts-
kammer.

Postpaketverkehr. Infolge Aufhebung
der Rheinzollgrenze vom 1. Oktober ab treten die
für Postpakete nach und aus dem unbefesteten
Deutschland erlassenen Beschränkungen außer
Kraft. Die Pakete können wieder bei allen Post-
anstalten in gewöhnlicher Weise eingeliefert werden.

Sportliches. Im Verbandsspiele trafen
sich am Sonntag die beiden Sportvereine Nastätten
und Dörscheid. Beide Mannschaften zeigten
während des ganzen Spieles vollständige Zer-
fahrenheit. Der jungen Mannschaft des Sport-
vereins Nastätten, die während der ersten Halb-
zeit das Spielfeld beherrschte, möchte ich dringen-
raten, das Tor im Auge zu behalten; sie hätte
dann eine doppelte Torzahl erlangen können.
Siegesgewiß trat sie in die 2. Halbzeit, aber eine
Wendung trat ein. Der mutigen Läuferreihe
sahen wie ein Blitz das Rheumatismus in die
Glieder gefahren zu sein. Der Sturm spielte im
Großen-Gangen befriedigend. Durch tatkräftige
Trainingstunden wird die nötige Technik bald nicht
mehr fehlen. Eins möchte ich den Spielern aber
noch zurufen: „Stört euch nicht an unüberlegte
Rebensarten und besonders an der Niederlage!“
Rehmt das Sprichwort zu Herzen: „Es ist noch
kein Meister vom Himmel gefallen.“ —d.

Wahl der Abgeordneten zum Landes-
kirchenrat der evangelischen nassauischen Kirche.
Demnächst findet in den Kirchengemeinden der
evangelischen nassauischen Kirche die Wahl von
75 Abgeordneten zu dem verfassunggebenden
Landeskirchentage statt. Der 5. Wahlkreis, der
die Dekanate Nassau, Diez, Nastätten und
St. Goarshausen umfaßt, wählt 9 Abgeordnete.
Für diesen Wahlkreis ging nun folgender Wahl-
vorschlag ein: 1. Pfarrer: 1. Pfarrer W. Martin,
Dienelthal, 2. Dekan G. Wilhelm, Diez, 3. Pfarrer
W. Hahn, Hahnstätten, 4. Dekan Th. Diez, St. Go-
arshausen. (Ersatzmann: Pfarrer E. Moser und
Pfarrer Th. Fresenius, Nassau.) 2. Laien mit
kirchlicher Erfahrung: 1. Kaufmann Edm. Schüler,
Nastätten, 2. Professor Rb. Deiner, Oberlahnstein,
3. Hauptlehrer W. Pfeifer, St. Goarshausen.
(Ersatzmann: F. L. Freiherr von Preuschen auf
Liebeneck und Lehrer W. Bubinger, Nassau.)

3. Laien ohne Einschränkung: 1. Lehrer H. Steup,
Gramberg, 2. Bürgermeister W. Schäfer, Muder-
shausen. (Ersatzmann: Fr. S. Krüde, Diez und
Dr. Anthes, Nassau.) Es ist zu wünschen, daß
die Wahlberechtigten, d. h. die am Wahltag
mindestens 25 Jahre alten Männer und Frauen,
an dieser Wahl sich zahlreich beteiligen. Für
dieselbe, welche in den Kirchengemeinden am
9. Oktober stattfindet, genügt ein Stimmzettel mit
der Aufschrift: Rüste Pfarrer W. Martin, Dienelthal.

Ziegenzucht. Damit die Milchergiebigkeit
der Ziegen nicht nachläßt, solle man aller drei
bis vier Wochen mit dem Viehfutter wechseln.
Geeignete Viehfutter sind: Kleie, Delfinen,
Treib, Malzkeime und Getreidehrot. Die Ab-
wechslung ist auch der Gesundheit der Tiere sehr
vorteilhaft.

Aus dem Lande, 3. Okt. Einen ge-
segneten Apprit hatte ein 18jähriges Mädchen
in V., das infolge einer Wette, nach ein-
genommener Wahlzeit noch zwei ausgewachsene
Häringe und 15 Pellkartoffeln in aller Seelen-
ruhe verdrückte.

Dörsdorf, 2. Okt. Dem Landjäger Knau
hier wurde der Titel Leutnant verliehen.

Frucht, 3. Okt. Hier wurde ein Arbeiter verhaftet, welcher sich an seinen beiden Töchtern vergangen hatte. Wie die „Emscher Zig.“ hört, hat der Mann sein Unwesen schon jahrelang getrieben.

Zollhaus, 30. Sept. Am 24. ds. Mts. wurde bei der Güterabfertigung in Zollhaus bei Ausbändigung einer Kiste an den Empfänger festgestellt, daß aus der Kiste 5 Flaschen Litho-entwender waren. Der Verdacht den Diebstahl ausgeführt zu haben, lenkte sich auf einen Rottenarbeiter, der ausbändigend in der Güterabfertigung verwendet wurde. Bei der in seiner Wohnung vorgenommenen Hausdurchsuchung fand man die gestohlenen Sachen zum größten Teil wieder vor. Der Täter, der noch zwei weitere Diebstähle im Güterschuppen in Zollhaus ausgeführt hat, ist geständig. Der Wert der entwendeten Gegenstände beträgt 1800 Mark.

Wiesbaden, 30. Sept. Wegen Abtreibung wurde die in einer Frankfurter Schuhfabrik beschäftigte, in Griesheim a. Main wohnende Elisabeth Freidel von der Strafkammer zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht aber ging über diesen Antrag hinaus, weil die Angeklagte mit lächerlicher Meierei der Verhandlung bis zum Schluß folgte.

Söcht, 1. Okt. Die Stadtverordneten von hier haben zur Unterstützung der Ausgesperrten der Fabrikwerke 250000 Mark einstimmig bewilligt.

Burgsolms, 1. Okt. Im Steinbruch der Firma Kempf und Hentel wurde der 17jährige Arbeiter Wilhelm Heinz von einem umstürzenden Wagen erschlagen.

Sadamar, 1. Okt. Das Gymnasium zu Sadamar feierte am 28. und 29. September das Fest seines 250jährigen Bestehens, an dem ungefähr 500 Gäste teilnahmen. Den Höhepunkt des Festes bildete eine Feier in der Aula des Gymnasiums.

Vermischtes.

Kabel Deutschland-Schweden. Die von einem deutschen Dichtersdampfer vor einigen Tagen begonnene Legung eines Fernsprechkabels zwischen Deutschland und Schweden wurde nunmehr vollendet. Das Kabel entspricht einem dringenden Verkehrsbedürfnis, nachdem Ende 1919 die erste Seekabelverbindung dieser Art in Betrieb genommen worden war. Der Verkehr auf der neuen noch wesentlich leistungsfähigeren Linie wird eröffnet werden, sobald die anschließenden Landverbindungen auf deutscher und schwedischer Seite fertiggestellt sind.

Beschlagnahme von Waffen in Dresden. Nach einer Meldung des Dresdener Polizeipräsidiums ist in der inneren Stadt ein Lastauto mit einer Anzahl von Gewehren und Munition mit Beschlag belegt worden. Der Führer des Transportes wurde in Gewahrsam genommen. Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Einbruch in die Weimarer Staatsbibliothek. Die ehemalige großherzogliche Bibliothek in Weimar wurde von Dieben heimlich. Der leider mit Erfolg und anscheinend ohne jede Störung planmäßig ausgeführte Diebstahl galt den im sogenannten Kunstkabinett ausgestellten Gegenständen. Außer wertvollen Münzen und Medaillen aus den Abteilungen der Reformationsammlung und der Medaillen der klassischen Dichtperiode sind eine Anzahl Stücke aus der Sammlung von Eisenbeinschnitzereien entwendet worden.

Eine Milliarde Schaden in Oypau. Der in Oypau an Maschinen und Borräten entstandene Schaden wird zwischen 5- bis 600 Millionen Mark geschätzt, die Schäden an Gebäuden betragen zwischen 2- und 300 Millionen Mark. Bei diesen Ziffern handelt es sich nur um direkte und unmittelbare Schäden, die im ganzen 1 Milliarde Mark betragen dürften.

Die Verfehlungen des Handwerksammerpräsidenten Rahardt beginnen recht weite Kreise zu ziehen. Es handelt sich in erster Linie um Unterschleife, die Rahardt Sohn begangen hatte und durch die die Berliner Handwerkskammer um mehr als eine Million Mark geschädigt wurde. N. sen. hatte seinen Sohn als Direktor an die Spitze der von der Handwerkskammer geschaffenen Verdingungsstelle gestellt, die Verrechnungsträger an die Handwerker verteilte. Von diesem Posten mußte der junge N. scheiden, weil er sich mehrfach Verfehlungen zuschulden kommen ließ, die entdeckt wurden. Sonderbarerweise erhielt er aber weiter von seinem Vater Generalvollmacht, so daß er seine Veruntreuungen fortsetzen konnte. Als die Angelegenheit ruckbar wurde, floh der junge N. In der Sache werden noch immer neue Verfehlungen vorgeworfen werden und noch eine ganze Anzahl Personen hier mit hereingezogen worden sind. Die Berliner Handwerkskammer hat einen Verlust von fast einer Million Mark, den die Handwerkerkassen decken muß. In Handwerkerkreisen herrscht über die Verfehlungen Rahardts große Aufregung, da man durch sie eine Schädigung des gesamten deutschen Handwerks befürchtet.

Von politischen Gegnern zu Tode mißhandelt wurde in dem kleinen Ort Grieben bei Rassel ein Mitglied des Jungdeutschen Ordens namens Koch. Dieser kam von einer Kneiperei und geriet auf dem Nachhausewege in erregte Auseinandersetzungen mit einigen Arbeitern, in deren Verlauf Koch das Patentkreuz von der Brust gerissen, er selbst geschlagen, zu Boden geworfen und mit Füßen getreten wurde. Die Mikhandlungen hatten zur Folge, daß Koch

ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte wo er verstarb. Als Täter ist der Arbeiter Bogt mit drei Mitläufern verhaftet worden.

Fürstin Metternich gestorben. Im Alter von 85 Jahren ist die Fürstin Pauline Metternich-Sandor in Wien gestorben. Als Gattin des bekannten österreichisch-ungarischen Botschafters Fürst Metternich hat sie die Bedeutung ihres Lebens in der Herrschaft über die Pariser und Wiener Gesellschaft gesehen. In Paris war sie eine der bekanntesten einflussreichsten Gestalten am Hofe Napoleons des Dritten. In Wien gab sie oft den Ton der höflichen Gesellschaft an. Immer originell und geistreich hat sie in der k. u. k. Donaustadt eine Rolle gespielt, über die sie interessant in ihren Memoiren zu berichten wußte, die ihre letzte große Freude durch einen unstreitbar großen Erfolg bedeuteten.

Gedenktage für die im Weltkriege gefallenen Münchner. In der vom bayerischen Kriegerbund einberufenen Versammlung im Hofbräuhaus-Festsaal wurden die letzten Maßnahmen für den Münchner Opfer- und Gedenktag am Sonntag, den 9. Oktober, für die im Weltkriege gefallenen 130 000 Münchner besprochen. Die Veranstaltung des Gedenktages soll eine imposante Trauerkundgebung am Königsplatz werden, bei der Kardinal Erzbischof Faulhaber eine Ansprache und der Weihbischof den Feldgottesdienst für die Gefallenen abhalten wird. Für die Protestanten wird in der Matthäuskirche ein Gottesdienst abgehalten. Nachmittags finden in den großen Sälen der Stadt Trauerkonzerte statt. Der Trauertag soll zugleich Opfertag sein. Zwei Drittel des Opfer-Ertrages werden dem Fonds für die Errichtung eines Ehrenmals für die Münchner Gefallenen und ein Drittel den Kriegsschädigten zugute kommen. Mitglieder des Königshauses und der Ministerien haben ihre Teilnahme an der Trauerfeier zugesagt.

Falsche 50-Mark-Scheine in Bayern. In Holzirchen wurden vor einigen Tagen ein 17 Jahre alter Fachschüler und seine in München wohnhafte Mutter, eine Damentouristin, festgenommen, weil sie in Holzirchen falsche 50-Mark-Scheine in den Verkehr bringen wollten. Die Scheine stammen von den bereits im November 1920 in München verhafteten und im Mai '21 verurteilten Falschmünzern Mayer und Genossen und sind von diesem in die Wohnung der Damentouristin, bei der einer der Falschmünzer ein Zimmer gemietet hatte, gebracht worden. Die Verhafteten gestanden, daß sie bereits derartige falsche Scheine in Holzirchen, Dorfen, Schwaben und Kirchsee ausgegeben haben. Seit der Festnahme der eigentlichen Falschmünzer sind bei der Münchener Polizei für rund 140 000 Mark falsche 50-Mark-Scheine eingeliefert worden, die von Mayer und Genossen angefertigt worden waren. Ein großer Teil davon dürfte von den nunmehr Verhafteten hauptsächlich in München ausgegeben worden sein.

Eine Räuberbande überfiel das Gehöft des Landwirts Wilms in Dorstadt bei Wolfenbüttel. Als sie der Besitzer übertraute, schossen sie ihn nieder, ebenso erging es seiner Ehefrau. Erst als ein Dienstmädchen die Lichtanlage einschaltete, flüchteten die Räuber. Mehrere Nachbarn des Ueberfallenen, durch den Alarm alarmiert, sandten den Einbrechern Gewehrschüsse nach. Einer der Täter, der verwundet ist, konnte bereits verhaftet werden. Die übrigen sind aber entkommen.

Taufunverheerungen in Japan. Infolge eines Taifuns, der das mittlere Japan heimsuchte, wurden viele Häuser überschwemmt und zerstört, Erntefrüchte verunruht, Fischerboote und andere Fahrzeuge vernichtet. Infolge der Unterbrechung der telephonischen und telegraphischen Verbindungen fehlen Einzelheiten. Die Zahl der Toten soll beträchtlich sein.

Aus aller Welt.

Petitionsblätter. Das neue, dem Reichstag zugegangene Verzeichnis der eingegangenen Petitionen enthält wieder allerhand Kuriosa. So bittet ein Gefuchtel, die Regierung aufzulösen und eine neue zu wählen, ein zweiter macht gleich Vorschläge zur Bildung dieser neuen Regierung. Ein heller Berliner verlangt nach einer Aenderung der auswärtigen Politik und wünscht den Rücktritt des Reichspräsidenten sowie anderes mehr. Ein mit dem Papiergeld mit Recht unzufriedener Hauptmann a. D. wünscht, daß man ihm ein Drittel oder ein Viertel des ihm zustehenden Ruhegehalts in Gold auszahle. Einen solchen Wunsch dürften wohl viele Leute haben ebenso wie den Wunsch eines Werkmeisters, der von der Steuer befreit werden will. Bescheidener ist eine Rheinländerin, sie bittet nur um die Bewilligung der Kosten zu einem neuen Gebiß. Ein Sachse hat den Weg gefunden, zur finanziellen Befriedigung des Deutschen Reiches und möchte darüber vom Reichstag vernommen werden. Das ist doch zu anspruchlos; man sollte den Mann lieber einmal zum Reichsfinanzminister machen, denn vielleicht hat er den Stein der Weisen gefunden. Ganz harmlos ist das Begehren eines biederen Schwaben. Er hat ein Gedicht eingereicht, und nur den einen Wunsch, daß dieses verlesen werden möge. Na, und das könnte der Hohe Reichstag doch schon tun!

Die einsamste Frau der Erde. Wer wird das wohl sein? - Keine Dore, keine Nige oder Else, sondern eine Wohltäterin einer Schar ausführender Menschen mitten in Asien. Miss Mary Nead ist die Einsame, die seit 30 Jahren eine Niederlassung ausführender Frauen 6000 Fuß über dem Meeresspiegel in einem entlegenen Teile des Himalayaebirges leitet. Außerdem steht sie

einer noch entfernteren Kolonie von neunzehn männlichen Ausführenden vor. Im Laufe der Jahre ist Miss Nead selbst ausführend geworden, dessen ungeachtet arbeitet sie noch fleißig unter den Kranken. Es mag wohl sehr selten vorkommen, daß die Wohltäterin einmal einen Weissen sieht. Sie lebt abgeschlossen von der übrigen Welt ganz einiam ihrem edlen Werk. Sie dürfte die einsamste Frau der Welt sein.

Die Mode der alten Ägypterinnen. Ueber dieses interessante Thema geben die modernen Frauen Ägyptens in der Abwehr gegen die Angriffe der Presse ihres Landes Aufschluß. Man erzählt im Lande der Pharaonen, wie es anno dazumal, als die Pyramiden noch nicht standen, also vor zirka 3000 Jahren, ausgesehen hat und was die Damenwelt längst vergangener Tage für Moden trug. Die moderne Frau Ägyptens, die Hängeloden und kurze Röcken (wie in Deutschland) trägt und solcher Mode wegen vor den Augen der Kritiker am Nil wenig Gnade fand, tritt den Beweis an, daß diese neue „Entleidungs“-mode so alt wäre wie die Pyramiden. Zur Bekräftigung dieser „pyramidalen“ Behauptung schreiben die Ägypterinnen in einer Erklärung: „Wir haben nur diese alten Stile wieder ausleben lassen, wovon sich jeder Mann in allen Museen bei den Sarkophagen mit den Mumien der alten ägyptischen Prinzessinnen überzeugen kann. Hängeloden, verdeckte Ohren und kurze Röcke waren vor über 3000 Jahren schon die allerneueste Mode.“ Man sieht, es ist alles schon einmal dagewesen!

Pariser und deutsche Warenhäuser. Die Pariser Kaufhäuser „Printemps“, das abgebrannt ist, „Louvre“, „Bon Marche“ und wie sie alle heißen, hatten ihre Blanzzeit eigentlich schon vor 1870. Später sind sie gegen amerikanischen, englische und auch gegen deutsche Konkurrenten bedeutend zurückgefallen. Die deutschen Unternehmungen wetteiferten mit Paris nicht nur hinsichtlich der Größe, sondern auch in der Eleganz und in Neuheiten, und einsichtige Franzosen haben dies anerkannt. Die Pariser Warenhausbesitzer gehörten zum Teil der Revanchepartei an, was sie aber gar nicht hinderte, an deutsche Familien Modeofferten zu senden. Emil Jola hat das Pariser Warenhausleben in seinem bekannten Roman „Zum Glück der Frauen“ verewelt. Das bei den Pariser populärste Warenhaus war der „Bon Marche“, dessen Organisationsleiter eine Frau, Madame Boucicaut, gewesen ist und die auch die Heldin des so laichen Romans ist.

Zur Geschichte des „Briefkastens“. Es mag ungläublich erscheinen, ist aber dennoch richtig, „Briefkästen“ im jetzigen Sinne gibt es erst seit etwa 70 Jahren. Und noch sonderbarer klingt es, wenn man hört, daß die Erfindung dieser heutzutage selbst auf dem kleinsten Dorfe vorhandenen Behälter nicht - um im Wilde zu bleiben - von den Landratten, sondern von den Seebären herrührt, von den waderen Männern, welche die großen Meere besafren! Schon in einem Reisebericht aus dem Jahre 1658 wird erzählt, daß auf der Insel St. Helena gewisse Orte sich befanden, wo man Briefe niederlegte, die für nachkommende Schiffe bestimmt waren. Für die Ostindienfahrer gab es einen solchen Ort, einen „Briefkasten“ auch am Kap der guten Hoffnung. Ähnliche Briefbehälter wurden mit der Zeit noch an vielen Orten an den Schiffahrtsstraßen eingerichtet, und noch heutigen Tages sind solche vorhanden und unter dem Schutze aller Nationen in Gebrauch. Der erste deutsche Briefkasten wurde 1765 im Fluß des Postamts in Berlin aufgestellt; ein zweiter kam erst 1824 in Leipzig hinzu. Bern hätte man ein weiteres getan „zur Bemühtlichkeit der Korrespondenten“, aber man traute dem Publikum nicht, so daß selbst der preussische Postrat Bistor im Jahre 1801 anregte, zwar mehr Briefkästen anzubringen, aber stets auch eine Schildwache hinzustellen! So mußte denn noch lange Jahre die schreibselige Welt seine Briefe selbst zum Posthaus tragen. Man darf freilich nicht vergessen, daß zu jenen Zeiten ein staatlicher „Druckbriefverkehr“ ganz unbekannt war. Deshalb waren im 19. Jahrhundert vielerorts private Stadtposten entstanden. Diese sandten ihre Boten aus, welche einen Sammelkasten bei sich trugen und die Bewohner durch Klingeln auf ihr Kommen aufmerksam machten. In Wien hatten sie Klapper, daher der Name Klapperpost. Im Jahre 1850 wurden die „Freimarken“ eingeführt, und nun stellte man auch öffentliche Briefkästen auf, in Berlin sogar 127, in Leipzig 84 um.

Der neue Bismarckband. Als Greis von 78 Jahren hat Bismarck in Friedrichsruhe den dritten Band seiner „Gedanken und Erinnerungen“ verfaßt. Das Original ist mit Bleistift auf großen Foliobogen von ihm selbst geschrieben, um später von seinem Sekretär Dr. Chrylander in Reinschrift übertragen zu werden. Wie sehr die Erinnerungen an die verwichenen Jahre in ihm nachwühlten, zeigen die Kapitel, in denen er die letzten Kämpfe vor seiner Entlassung schildert. Im Manuskript ist dort viel verbessert, der Autor selbst hat manches harte Wort nachträglich geändert. Das Ganze war freilich so einheitlich aus einem Buß, daß es nicht zu mildern war. Dieses Werk kann auch nicht überflüssig werden, es will Zeile für Zeile gelesen sein. Die Geschichte steht vor dem Leser lebendig auf.

Staub. Zahllos sind die kleinen Partikeln, die von den verschiedenen Körpern abfallen oder abgerissen werden. Der Zahn der Zeit nagt an allem, und was er unzerstört gelassen hat, wegt schließlich die raitlose arbeitende Kultur hinweg. Wir bezeichnen diese Trümmer, die durchaus eine bunte Masse bilden, als Staub: für den Korridor, der ihn unter sein Mikroskop

nimmt, sind es Auslässe aus einer Welt. Stets ist Staub für unsern Organismus schädlich; er stört den Prozeß des Atmens, und oft stellt er gefährliche Krankheits-träger dar. Besonders reich ist die Zimmerluft an Staub, und man hat berechnet, daß ein einziger Kubikzentimeter unter Umständen mehr als 40 Millionen derartiger Partikeln enthalten kann. Da heißt es denn mit Recht: die Fenster öffnen! Die Luft draußen ist besser: freilich in Städten, in denen viele Schornsteine rauchen, immer noch schlecht genug. Die Stadtluft führt 50 bis 250 Staubteilchen im Kubikzentimeter. Wer auf einige Zeit dem Getriebe der Stadt entfliehen kann, um die gesündere Landluft aufzusuchen, wird gut tun, wenn er seinen Lungen diese Erholung gönnt. In der Landluft ist zwar immer noch einiger Staub vorhanden: was sollen aber 100 Teilchen gegen jene Fülle besagen, die wir oben nannten? Seelust ist fast ganz rein, wenn man sich etwa 10 Kilometer vom Lande entfernt. Allerdings verträgt nicht jeder Organismus diese kräftige Luft. Sonst gehört eine Seereise zu den Unternehmungen, bei denen das Geld für die Gesundheit vielleicht am zweckmäßigsten angelegt wird. Wer freilich auf dem Schiffe schwimmt, wird wieder mit allerhand Partikeln in Verbindung kommen, die von dem Fahrzeuge stammen, das eine kleine staubige Welt für sich bildet, in der sich Rauch und Schmutz geltend machen. Lüfte dein Zimmer reichlich und streife durch Wald und Fluß, wenn du deinen Lungen ein Wohltat erweisen willst.

Was der Besucher einer „Großen Kunstausstellung“ zu leisten hat, wenn er jedem ausgestellten Werke nur einigermaßen eine kritische Betrachtung widmen will, ist schier unbegreiflich. Die „Große Kunstausstellung“ in Berlin mag noch hingehen, wenn man nur die Quantität der ausgestellten Werke in Betracht zieht. Immerhin ist es ganz und gar apokryph, daß jemand in ein paar Tagen mit der Ausstellung fertig wird, geschweige denn gar noch bei einmaligem Besuch, wie es bei den meisten, die auch etwas von Kunst verstehen und unbedingt dabei gewesen sein wollen, wohl die Regel ist. Wie anders in Paris! Im diesjährigen „Salon“ präsentieren sich über 5000 Werke aller Art dem Besucher! Sollte man jedes dieser auch nur eine einzige Minute betrachten, so hätte man bei zehnstündiger „Arbeitszeit“ gerade neun volle Tage zu tun! Ob eine derartige Ausstellung, wie überhaupt die großen Ausstellungen sonderlichen Eindruck auf das Kunstempfinden machen können, muß fraglich bezweifelt werden.

Berichtliches.

Todesstrafe für den Anstifter der Swinemünder Revolution. In Swinemünde am es bekanntlich im Frühjahr mehrfach zu Zusammenstößen zwischen Zivilisten und Reichswehrleuten sowie Angehörigen der Reichsmarine. Einer dieser Zusammenstöße kostete sogar Menschenleben. Am 6. März rottete sich eine Menge von etwa 150 Personen, die mit Knüppeln ausgerüstet war, zusammen, um die Marineangehörigen zu verprügeln. Als diese einzeln oder in kleinen Gruppen nachts gegen 12 Uhr zur Fährde kamen, um sich nach ihren Schiffen überlegen zu lassen, wurden sie von der Notte überfallen. Als die Fährde dann abfuhr, wurde sogar noch eine Handgrate hinterher geworfen, durch die zwei Personen getötet und etwa fünfzehn verletzt wurden. Als Haupttäter verurteilt ist das Steintiner Schwurgericht den Gefangenheitsarbeiter Nowak, der die Handgrate geworfen hatte, zum Tode und lebenslänglichem Ehrverlust, ferner den Baderacellen Molli wegen Landfriedensbruchs zu anderthalb Jahren Zuchthaus und den Schiffsheizer Rossi zu einviertel Jahr Zuchthaus.

Handel und Verkehr.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife. Amtlich wird mitgeteilt: Durch die am 1. August erfolgte Erhöhung der Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter sowie durch die Steigerung der Preise aller Materialien erwächst der Reichseisenbahnverwaltung eine jährliche Mehrausgabe von rund 7 Milliarden Mark. Der vorläufige Reichseisenbahnrat hat jetzt dem Vorschlag der Reichseisenbahnverwaltung zugestimmt, zur Deckung dieser Kosten eine Tarifierhöhung von 30 Prozent vorzunehmen. Die Erhöhung wird für den Güter- und Tierverkehr zum 1. November, für den Expresst- und Personenverkehr zum 1. Dezember durchgeführt werden. Auf eine Reihe von Sonderwünschen erwiderte das Reichsverkehrsministerium, daß die vorbereiteten Arbeiten zu deren Durchführung bereits eingeleitet seien.

Der Durchgangsverkehr durch dänisches Gebiet paßfrei. Die dänischen Behörden haben sich bereit erklärt, daß der paßfreie Reiseverkehr zwischen dem deutschen Festland und der Insel Sylt über Tondern-Hoyer-Schleuse, der im Sommer durch den Verkehr der direkten Bäder Schnellzüge ermöglicht wurde, auch nach Fortfall der Bäder Schnellzüge Hamburg-Westerland in beschränktem Umfange versuchsweise bis vorläufig zum 1. Januar f. J. aufrecht erhalten werden soll. Die Reisenden müssen unter dänischer Zoll- und Staatspolizeiaufsicht in Tondern umsteigen und werden in plombierten dänischen Wagen zwischen Tondern und Hoyer-Schleuse weiterbefördert.

Der Herr des Todes.

Roman von Karl Rosner.

48] Nachdruck verboten.

Da fühlte sie, daß er ihr in dem Augenblick entsetzt, daß dieses schöne Spiel, das doch belohnend war, als ob man noch einmal ein Glück — die Form und Linie eines Glückes fühlte — zerfallen wollte. Eine rasende Angst vor der Einsamkeit und Vereinsamung auf sie ein. Ein einziger Gedanke war in ihr: Nur ihn nicht lassen! Nur ihn jetzt nicht lassen! Und da hatte sie sich auch schon aufgerichtet und war mit einem Schritt neben ihm. Und wie er sich, bebend den Herzens, sah gleichfalls erhob, schlang sie ihm beide Arme um den Hals, suchte sie seinen Mund.

Der süßlich herbe Duft, der von ihr kam, füllte ihn ein, ihr schlanker Körper drängte auf ihn zu, schmiegte sich an ihn, suchte ihn.

Er aber sah die Hände aufeinander und hatte ihr kein Wort zu sagen. Und dunkel nur empfand er über aller Tiefe seiner Erschütterung: Was er als Krone eines erträumten Glückes von ihr hatte empfangen wollen, das bot sie ihm — und es war nichts. Nicht Seligkeit versprach es ihm und nicht Erfüllung aller heißen Sehnsucht — weckte nur einen schamvollen Schmerz, den er für sie empfand.

Er löste ihre Arme von seinem Hals.

von seinem Nacken und hielt sie an den Gelenken.

Und er sah sie vorbeigehen an Seids Gesicht, sah nur auf diese schönen weißen Hände nieder und war erfüllt von diesem Wissen, das ein Schicksal war: Alles war nun vorbei —

Leise küßte er diese Hände. Wachsbleich war sein Gesicht, und seine Knie waren wie ein Abschiednehmen.

Dann wieder stand er still. Immer noch ging ihm das Flattern zuckend um den Mund, und die Kehle war ihm eng, daß er kaum sprechen konnte.

„Seid — das — das — alles ist es nicht —“

Starr und mit einem maßenhaften Ausdruck, der Angst und Scham und Nichtverstehen war, schaute sie zu ihm auf. Ihr Mund war halb geöffnet, daß die gleichmäßigen Röhre blinkten, die Augen unter den hochgewölbten Brauen irrten über seine Nase, drängten ihn weiter.

Er schüttelte den Kopf, wandte sich zu Worten.

„Dein Leben habe ich gewollt. Seid — habe dir mein Leben geben wollen — Was du mir schenken willst —“

Er schwieg und wiederum sah er an ihr vorbei, bewegte nur das zuckende Gesicht in einem qualvollen Verneinen. Und unahng, ihr so noch länger gegenüberzusehen, überwältigt von einer artzenlosen Traurigkeit, schritt er mit schweren Schritten an ihr vorbei, immer müde, wie gebrochen. Die

wenigen Schritte bis zum Fenster hin und stand da still. Mit beiden Händen hatte er den Griff umklammert, und seine Stirne ruhte auf den Händen.

Er dachte immer nur: Nun ist's vorbei — nun ist allein die Peere noch vor mir, und die kann ich nicht mehr ertragen, seit ich ein Träumer war —

Noch immer klang ihr Weinen — jetzt sein Name.

Er wandte sich nicht um. Er wußte: Was soll ich dort — mein Leben ist schon weit von ihr —. Unlagbar große Strecken liegen zwischen uns, und wenn sie jetzt noch spräche: Nimm mich mit dir fort! — es wäre nichts, und ich würde sie bitten: Bleib! — Sein Schmerz war einsam, hatte nichts gemein mit ihrem Leid und mit den Qualen ihrer Tränen.

Dann hörte er das Rascheln ihrer Kleider — nun hatte sie sich wohl erhoben.

Sie sagte etwas, und er gab Antwort — seine Gedanken waren fern, waren umspinnen von der tiefen Trauer um dieses neue Leben, in das seine Sehnsucht gehen wollte, und das gestorben war, als er den Fuß auf seine Schwelle setzte.

Unbewusst stand er, immer noch die Hände an dem Griff des Fensters und seine Stirn an den Knöcheln seiner Füße.

Unten auf der Straße flammten Lichter auf — weiße Bogenslampen, deren milchige Kerne nur müde in das Dunkel stachen, rötliche gelbe Flammen. Und dann mit einem Male wußte er, daß hinter ihm die

Stille und die Dämmerung im Zimmer standen.

Da wandte er sich unter einer andringenden Angst herum und stammelte Namen „Seid!“ Und ruhte doch: was er da rief, war nur ein Schatten — sie war fort.

Er tappte zwei, drei Schritte in den Raum, warf sich auf den Kanteuil, schlang die Hände vor sein Gesicht. Aber da drängte ihm aus den Rissen und von den eigenen Händen, die früher sie umfassen und gehalten und gestreichelt hatten, der süßlich herbe Duft entgegen, der immer von ihr kam, und er stand wieder auf.

Ein krampfhaftes Ringen war in seiner Brust, würgte ihn bei jedem Atemzuge, drohte ihm die Kehle. Um die Augen, um den Mund zerrie es ihn. Wie ein unlagbarer Gegner war es, der ihn niederzwingen wollte, gegen den er sich mit den letzten Kräften wehrte. Aufschreien hätte er mögen, laut schreien — und hielt die Lippen fest und qualvoll aufeinander, lächelte: laut nur, und ich kann es nicht mehr ertragen —

In seiner gewaltsamen Bewegung, die ihm eigen war, und in der er einem Säugling ähnlich, drückte er seine Ellenbogen zurück, nahm er aus tiefen Lungen Luft. Sein Atem zitterte und stöhnte. Aber da wachte ihn im gleichen Augenblick das Uebermaß des Schmerzes und warf ihn in die Knie. Laut aufschlachzend verbar er das Gesicht in der Kissen seines Bettes. — (F. i.)

Bekanntmachung.

Das Versorgungsamt Oberlahnstein hält an jedem 2. Dienstag eines Monats hier Versorgungssprechtag ab. Nastätten, den 29. September 1921.

Der Bürgermeister: Wasserloos.

Anmeldung zum Besuche der landwirtschaftlichen Schulen.

Bei der in Aussicht stehenden Ueberfüllung der landwirtschaftlichen Schulen sind Anmeldungen für das voraussichtlich am 25. Oktober ds. J. beginnende Winterhalbjahr 1921/22 umgehend bei der Direktion der in Frage kommenden Schulen vorzunehmen. Die Anmeldungen sind zu richten für

- die landwirtschaftliche Schule in Nastätten: an Dir. Flab, Nastätten;
- in Nassau: an Dir. Schmitt, Nassau Lahn;
- in Eg. Schwalbach: an die Landwirtschaftskammer, Wiesbaden;
- in Limburg: an Dir. Dr. Lutte, Limburg Lahn;
- in Idstein: an Dir. Mayer, Idstein Launus;

Es werden nur Schüler aufgenommen, die mindestens das 16. Lebensjahr zurückgelegt und mindestens zwei Jahre in der landwirtschaftlichen Praxis gestanden haben. Die Anmeldungen können schriftlich oder mündlich geschehen. Bei der Anmeldung sind vorzulegen:

1. die Schulzeugnisse,
2. die schriftliche Einwilligung des Vaters oder Vormunds zum Besuche der Schule,
3. ein Führungszeugnis der Ortsbehörde des letzten Aufenthaltsorts,
4. eventl. Zeugnisse aus der landwirtschaftlichen Praxis.

Wiesbaden, den 22. August 1921.
Der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden: Bartmann-Lübcke.

Wird veröffentlicht:
Nastätten, den 3. Oktober 1921.
Der Bürgermeister: Wasserloos.

Anmeldung zum Besuche der Parallelklassen für Bauernmädchen an den landwirtschaftlichen Schulen.

Der große Anhang, den die in dem letzten Winter eingerichteten Lehrgänge für Landwirtschöchter gefunden haben, hat die Landwirtschaftskammer veranlaßt, den Unterricht für die weibliche Jugend unserer nassauischen Bauernbevölkerung weiter auszubauen und vom kommenden Winterhalbjahr ab an den landwirtschaftlichen Schulen in Nastätten, Limburg, Nassau und Idstein als ständige Schuleinrichtung Parallelklassen für Mädchen einzurichten. Dem Unterricht liegt der nachstehende Lehrplan zugrunde:

- A. Grundlegende und allgemeinbildende Fächer:
- Deutsch und Bürgerkunde 5 Stunden
 - Land- und hauswirtschaftliche Berechnungen 2
 - Naturkunde 4
 - Die häusliche Gesundheits- und Krankenpflege 3
- B. Hauswirtschaftliche Fächer:
- Das Wohnhaus, seine Ausstattung, Reinhaltung, Heizung und Beleuchtung
 - Die wichtigsten weiblichen Handarbeiten
 - Die Kleidung und Wäsche 21
 - Die gebräuchlichsten Nahrungsmittel und ihre Zubereitung
 - Die hauswirtschaftliche Rechnungsführung
- C. Landwirtschaftliche Fächer:
- Obst- und Gemüsebau 2
 - Rindviehhaltung 2
 - Schweinehaltung 2
 - Geflügel- und Kleintierzucht 2
 - Molkereiwesen 2

in der Woche zusammen: 45 Stunden

Der Unterricht wird in der Weise durchgeführt, daß morgens von 9—12½ Uhr die hauswirtschaftlichen Unterweisungen, vor allem die praktischen Küchenübungen mit anschließendem gemeinschaftlichen Mittagessen, und in den Nachmittagsstunden von 1—5 bzw. 6 Uhr der theoretische Unterricht in den allgemeinbildenden und den landwirtschaftlichen Fächern stattfinden. Für den Unterricht in den hauswirtschaftlichen Fächern ist an jeder Schule eine Haushaltungslehrerin verpflichtet worden; während die theoretischen Fächer von den Lehrern der landwirtschaftlichen Schulen zusammen mit einem praktischen Art erteilt werden.

Aufgenommen werden an jeder Schule bis zu 32 Mädchen, die das 16. Lebensjahr bereits zurückgelegt haben. Das Schulgeld beträgt für das ganze Winterhalbjahr 300 M und ist bei der Anmeldung im voraus zu erstatten. In diesem Betrag sind das Schulgeld und die Ausgaben für die Heizung und Beleuchtung enthalten. Die Ausgaben für die zuzuführenden Nahrungsmittel und Zutaten werden allwöchentlich auf die Schülerinnen anteilig verteilt.

Der Unterricht beginnt, wie der für die Schüler, voraussichtlich am 25. Oktober und dauert bis Mitte März. Mit Rücksicht darauf, daß an einzelnen Schulen die Zahl der aufzunehmenden Schülerinnen nahezu erreicht ist, wird empfohlen, Anmeldungen umgehend spätestens bis 15. Oktober vorzunehmen. Die Anmeldungen sind zu richten für

- die landw. Schule in Nastätten: an Dir. Flab, Nastätten;
- Idstein: an Dir. Mayer, Idstein i. T.;
- Limburg a./L.: an Dir. Dr. Lutte, Limburg a./L.;
- Nassau a./L.: an Dir. Schmitt, Nassau a./L.

Wiesbaden, den 22. August 1921.
Der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden: Bartmann-Lübcke.

Wird veröffentlicht:
Nastätten, den 3. Oktober 1921.
Der Bürgermeister: Wasserloos.

Statt besonderer Mitteilung.

Nach kurzer schwerer Krankheit starb heute meine liebe Frau, unsere gute Tochter

Therese Wilckens

geb. Hartnack

im blühenden Alter von 23 Jahren.

In tiefer Trauer im Namen der Angehörigen:
Heinrich Wilckens, prakt. Tierarzt,
Karl Hartnack, Lyzeallehrer,
und Frau geb. Spies.

Nastätten, Elberfeld,
den 30. September 1921.

Beerdigung heute Montag, den 3. Oktober, mittags 1 Uhr von der evang. Kirche aus.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und allen denen die unserem lieben Heimgegangenen die letzte Ehre erwiesen, sowie dem Kriegerverein, Turnverein und der Kriegsbeschädigten-Ortsgruppe, den Jungfrauen für den erhebenden Grabgesang, den vielen Kranzspendern und Herrn Pfarrer Pfeifer für die trostreichen Worte am Grabe, sagen allen herzlichsten Dank

Familie Häuser.

Niederwallmenach, den 2. Oktober 1921.

ZEMENT

in Gewebesäcken wieder eingetroffen ebenfalls alle sonstigen Bau-Artikel zu billigsten Preisen.

WILHELM GILL, Nastätten.

Erna Elisabeth.

Die glückliche Geburt eines gesunden Töchterchens zeigen hocherfreut an

Peter Haxel u. Frau
Erna geb. Christ.

Nastätten, am 1. Oktober 1921.



Zur Herbst- u. Winter Saison empfiehlt zu vorteilhaften Preisen:

!! Feine Herren-Stoffe !!
Herren-Hüte und Mützen
in neuesten Formen und Farben,
Herren-Winterhandschuhe
eleg. Kragenschals . mod. Krawatte

Heinrich Heuser,
Mafschneiderei und moderne Herren-Anstalt
Oberstraße 6 Telefon 77

Habe mich in Nastätten, Rheinstrasse 32 (im Hause der Nass. Landesbankstelle) als

prakt. Zahnarzt

niedergelassen und halte

Sprechstunden von 9—12 Uhr vormittags und „ 2—5 „ nachmittags.

Dr. Karl Bernhardt.

Frische Zitronen
holl. Kakao
div. Schokoladen
Pralinen

empfehlen

Cafe Adckermann, Nastätten,
— Telefon 78. —

Ein fast noch neuer

Zimmerofen

und eine

Balkenwaage

zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gruben-San

besser als Rheinfeld zum Verputzen von Gebäuden in jeder Menge

Gruben-Nies

grob und fein für Begebau framer Befestigung zu haben bei

Heinrich Meyer, Wiesbaden
Telefonische Bestellungen bevorzugt
Telefon Nr. 23.

Zukunft!

Glück, Reichum, Gelingen und Charakter wird nach Astrologie (Stern-Deutung) berechnet. Ständig wahre Deutung. Nur Geburtsdaten und Schrift einlesen. Kein Schwindel. Streng wissenschaftlich. Viele Dankschreiben aufzuweisen. **Schaub,** Hannover, Manenstraße 3.

Einmal Hausfrau sagt der andern:

„J Webe“

Seifen u. Seifenpulver

Es sind die besten!

Alleiniger Fabrikant

Joh. Will. Bauer,

Dampfs-Fabr., Friedland (Lahn)

Kein Ladenlokal!
Kein Detailhandel!
Somit keine Schädigung für Wiederverkäufer.